



Massenproteste gegen das Sparpaket

Am 26. November wird im Bundestag über das Sparpaket abgestimmt. Nachdem in der Finanzkrise 500 Milliarden € „Schutzschirme“ für die Banken bereit gestellt wurden, soll nun das Geld im Sozialbereich eingespart werden.

Schwarz-Rot-Goldenes Sparpaket

Dieses Sparpaket ist nichts Geringeres als die größte Kürzungssorgie in der Geschichte der Bundesrepublik. Wir müssen tiefe Einschnitte im Sozialetat hinnehmen, während die SpitzenverdienerInnen nicht besonders belastet werden. Unsere liebe Bundeskanzlerin Angela Merkel nennt das Paket einen "historischen Kraftakt", bei dem eine erdrückende Schuldenlast von 80 Milliarden Euro zu bewältigen sei. Bei diesem "historischem Kraftakt" gibt es aber stets dieselben GewinnerInnen und VerliererInnen. Auf Seiten der GewinnerInnen stehen wieder einmal die Wohlhabenden. Sie müssen keinen Cent mehr bezahlen, da die FDP erfolgreich war bei der Verteidigung des ohnehin schon niedrigen Spitzensteuersatzes und außerdem so tut, als wäre eine Vermögenssteuer gleichbedeutend mit dem Untergang der Welt. Auch die Energie- und Pharmariesen können sich die Hände reiben. Sie erhalten mehr Spielraum, um die ArbeiterInnen zu schröpfen. Ebenso

wird die Finanzbranche geschont. Eiskalt abserviert werden hingegen Arbeitslose, die ohne Elterngeld, Heizkosten-zuschuss auf das Wohngeld auskommen müssen. Immerhin wurde der Hartz-IV-Regelsatz um ganze fünf Euro erhöht. Auch arbeitende Eltern bekommen weniger Elterngeld. Von der bevorstehenden Einführung der Kopfpauschale im Gesundheitswesen wollen wir gar



nicht sprechen. Und wie sollte es anders sein, steht der öffentliche Dienst ebenso arg unter Druck. Einzige Ausnahme bilden natürlich die höheren Einkommensschichten.

In Frankreich machen sie es vor

Und niemand scheint sich darum zu kümmern, nicht mal die Gewerkschaftsspitzen. Sie haben einen "heißen Herbst" versprochen, mit vielen hitzigen Protesten gegen die Sparmaßnahmen. Doch ihre Mobilisierungen waren bisher bestenfalls lauwarm: sie organisierten am 13. November

regionale Demonstrationen in Stuttgart, Nürnberg und anderen Städten. Vor bis zu 100.000 DemonstrantInnen gab es feurige Reden – ver.di-Chef Frank Bsirske hat sogar den Mittelfinger gezeigt. Doch glaubt irgendjemand, dass die Regierungen und die Unternehmen hinter ihr sich von Sprüchen und Mittelfingern beeindrucken lassen? Die Kolleginnen und Kollegen in Frankreich haben gezeigt, wie man die Herrschenden beeindrucken kann: mit der Blockade von Öl-Raffinerien, der Besetzung von Schulen und massenhaften Streiks. So sieht ein "heißer Herbst" aus. Doch die Führungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes wollen den Herbst so kalt sein lassen, wie er ohnehin schon ist. Kein Wunder, denn sie verdienen selbst ein vielfaches von dem, was ein einfaches Gewerkschaftsmitglied bekommt. Bei Bsirske von ver.di sind es über 200.000 Euro im Jahr! Außerdem pflegen die DGB-Chefs beste Kontakte zu Regierungsämtern und Chefetagen. Wenn wir wirklich einen "heißen Herbst" wie in Frankreich haben wollen, dürfen wir uns nicht auf die Gewerkschaftsbürokraten verlassen, sondern müssen uns an der Basis, in den Betrieben und in den Berufsschulen, organisieren. Lasst uns deshalb gemeinsam am 26. November bei der Aktion Mut zur Wut dem Sparpaket die Rote Karte zeigen. **Am Freitag, 26. November 10 Uhr, Brandenburger Tor.**

Umbau

Die Umbau-Maßnahmen werden wohl einiges länger dauern als angekündigt. Für diejenigen, die das ganze beschlossen haben, kein großes Problem – da hat man sich halt wieder mal geirrt. Für unsereins heißt das aber lange Wege und eine astreine Einbahnstraßen-Führung. Solange es die SchlipsträgerInnen kein Geld kostet, kanns Ihnen ja egal sein. Oder wollen die Möchtegern-Verkehrsplaner uns kostenloses Fitness-Training verschaffen, als Bonus oder so? Dabei haben wir zusammen schon genug Kraft, um blödsinnigen Maßnahmen was entgegenzusetzen, wenn wir nur wollen. Und 'ne Planung, die zu unseren Bedingungen besser passt, können eigentlich nur wir machen.

Dicker Tarifvertrag

Einige dicke Bücher sind berühmt: z.B. "Krieg und Frieden" (1645 Seiten) oder "Moby Dick" (1056 Seiten). Leider haben die wenigsten Menschen Zeit, solche Riesebände nach der Arbeit in Ruhe durchzulesen. Aber jetzt gibt es ein neues Buch, das nicht weniger dick ist: den Tarifvertrag fürs Studentenwerk! Der ist auch nicht leichter zu lesen. Einige Regelungen aus dem neuen Vertrag wie die Arbeitszeiten sind schon in Kraft getreten – andere wie das Urlaubsgeld sind noch

nicht geklärt. Deswegen können die Wenigsten sagen, ob der neue Tarifvertrag wirkliche Verbesserungen gebracht hat. Und leider sind unsere GewerkschaftsvertreterInnen, die ja eigentlich den Vertrag, den sie ausgehandelt haben, auch erklären sollten, nicht zu erreichen.

Leiharbeit in der Mensa

Die Gewerkschaftsführungen haben in den Zeiten der Wirtschaftskrise kaum Protest angestoßen. Sie meinten, das würde sich später für



Beschäftigte auszahlen. Aber das ist falsch. Leiharbeit ist um 23% gegenüber des letzten Jahres gestiegen. Für die Beschäftigten hat sich die Lage also noch verschlechtert, denn sie werden gegeneinander aufgehetzt. Stammebelegschaft gegen Leiharbeiter_innen. Gerade in unserer Mensa wurden viele Stellen, die

frei wurden, mit Leiharbeiter_innen ersetzt. Beschäftigte, die die selben Arbeiten verrichten, erhalten einen sehr unterschiedlichen Lohn. Beenden können wir das nur, wenn wir uns gemeinsam dagegen wehren. Ein erster Schritt wäre, dass die Leiharbeitsstellen in unbefristete Arbeitsstellen umgewandelt werden.

Protestieren gegen den Castor

Wieder einmal wurde hoch radioaktiver Müll gegen den Willen der Menschen und 50.000 DemonstrantInnen und BlockiererInnen in einem Castor nach Gorleben transportiert. Dafür wurden extra 16.000 Polizisten aus ganz Deutschland ins Wendland gebracht. Diesmal waren die Auseinandersetzungen vor Ort besonders stark, denn die schwarz-gelbe Regierung hatte vorher angekündigt, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern. SPD und Grüne waren dabei und werden in der Opposition immer beliebter. Aber in seiner Regierungszeit hat Umweltminister Trittin von den Grünen selbst den Protesten ihr Demonstrationsrecht abgesprochen. Klar ist, dass bei beiden Konzerninteressen verfolgt werden. Für unsere eigenen Interessen müssen wir damit beginnen, uns selbst zu organisieren!

"Unser Werkblatt" wird von der AG Arbeitskämpfe herausgegeben. Wir sind eine Gruppe, die sich im Rahmen der aktuellen Bildungsproteste gegründet hat. Wir haben den Warnstreik der Studentenwerksbeschäftigten sowie den Streik der Reinigungskräfte aktiv unterstützt. Jetzt möchten wir dabei helfen, dass Beschäftigte an der Universität sich für bessere Arbeitsbedin-

gungen einsetzen können. Dafür verbreiten wir mit diesem Flugblatt Infos aus dem Betrieb sowie von anderen Arbeits- und Bildungsprotesten. Willst du das unterstützen? Hast du ein Problem im Betrieb, das dich schon lange genervt hat? Wende dich an uns: Entweder an eine/n der Flugblattverteiler_innen, per Email oder per Telefon. Wir sammeln diese Infos natürlich auch

anonym. Wir treffen uns auch jeden Montag um 15 Uhr vor der Mensa II, um uns auszutauschen und unsere Arbeit zu planen. Schau selbst mal vorbei!

Kontakt:

ag_arbeitskampf@yahoo.de